ZEITGESCHICHTE

Alptraum in Rom

In Italien schien 1976 den Kommunisten der Wahlsieg sicher. Westliche Diplomaten dachten über den Nato-Ausschluss des Landes und einen Staatsstreich nach.

Es war eine Horrorvorstellung westlicher Strategen während des Kalten Krieges: Kommunistische Minister sitzen in der Regierung eines Nato-Staats, mit Zugang zu höchst geheimen Unterlagen, etwa den Plänen für den Einsatz von Atomwaffen. Und mit der Möglichkeit, einen Aufmarsch der Allianz in einer weltpolitischen Krise zu behindern, indem sie die Mobilisierung der eigenen Soldaten verweigerten.

1976 drohte dieses Szenario Wirklichkeit zu werden, denn in Italien standen Wahlen an, und Bundeskanzler Helmut Schmidt, US-Präsident Gerald Ford, der britische Premier James Callaghan sowie Frankreichs Staatsführer Valéry Giscard d'Estaing fürchteten, die euro-kommunistische Partito Comunista Italiano (PCI) würde Regierungspartei.

Schon damals rätselten Beobachter, was Italiens Verbündete intern berieten, um die PCI von der Macht fernzuhalten – und was sie planten, falls KP-Chef Enrico Berlinguer doch ins Kabinett einziehen sollte.

Nun ermöglichen freigegebene Unterlagen aus Großbritannien, den USA und Deutschland erstmals Einsicht. Sie zeigen, dass vor allem die Briten auch über radikale Lösungen nachdachten: einen Ausschluss Italiens aus der Nato oder sogar die Unterstützung eines Staatsstreichs durch rechte Militärs in Rom. Ein „sauberer chirurgischer Coup" sei „in vielerlei Hinsicht attraktiv", notierte am 6. Mai 1976 der Planungsstab des britischen Außenministeriums.

Dass sich die Westmächte in Italiens Innenpolitik einmischen wollten, wäre kein neues Phänomen gewesen. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die USA immer wieder Millionen an Politiker und Parteien gezahlt. Ein Teil der Gelder landete bei Geheimdienstoffizieren, die mit rechtsextremen Terroristen kooperierten. Deren Bombenattentate mit Dutzenden Toten wurden dann radikalen Linken zur Last gelegt.

Der Großteil der Beträge ging an die regierenden Christdemokraten der Democrazia Cristiana (DC). Sie vermittelte in Washington nämlich den Eindruck, ohne sie drohe Italien der PCI und damit dem Ostblock anheimzufallen. Für die USA ein Alptraum. Ihre 6. Flotte, Rückgrat amerikanischer Einflussnahme im Mittelmeerraum, hätte wesentliche Stützpunkte verloren.

Auch unter Henry Kissinger, seit 1969 US-Sicherheitsberater, dann Außenminister, flossen Millionen an die Christdemokraten. Dennoch klagte ausgerechnet er, wie aus den freigegebenen Akten hervorgeht, dass „Korruption und Disziplinlosigkeit" der DC das Hauptproblem in Italien seien.

Die dortige Wirtschaft steckte Mitte der siebziger Jahre in einer tiefen Krise. Bei den Regionalwahlen 1975 lagen die Kommunisten infolgedessen mit 33,5 Prozent nur noch knapp hinter der DC.

KPA / ZUMA PRESS / KEYSTONE PRESSEDIENST

Kommunist Berlinguer in Mailand (1972): *Distanz zu Moskau*

UPI / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Westliche Staatsmänner (1976)*: *Radikale Lösungen*

Britische Diplomaten sahen eine PCI-Regierungsbeteiligung besonders pessimistisch. Sie fürchteten den Verrat von Nato-Geheimnissen nach Moskau, das Ende der Marktwirtschaft in Italien und ein drastisches Zurückfahren des Verteidigungsetats.

Londons Botschafter bei der Nato, John Killick, schlug vor, Italien dann lieber gleich aus der Nato zu entfernen – eine Position, die Kissinger teilte. Er sehe nicht, erklärte intern der US-Außenminister im April 1976, wie ein kommunistisch regiertes Italien in der Allianz bleiben könne. Seine Mitarbeiter erwogen, eine PCI-Regierung durch ein Wirtschaftsembargo zu Fall zu bringen.

Dabei hielt die PCI Distanz zur Sowjetunion und bekannte sich zur Mitgliedschaft Italiens in Nato und EG. Paradoxerweise bedauerten das die Briten. Man könne ja unter diesen Umständen Moskau nicht dazu bringen, die „Kommunisten … unter Kontrolle zu halten", klagte Callaghan. Auch seien unabhängige Genossen für die Wähler attraktiver als moskautreue Apparatschiks.

Bonn allerdings traute den Erklärungen von PCI-Chef Berlinguer nicht. „Sie wollen immer noch die Diktatur des Proletariats. Und darauf kommt es an", sagte Außenminister Hans-Dietrich Genscher in geheimer Runde mit den Westmächten. Er verglich die Situation mit der Lage in Berlin vor der Kanzlerschaft Adolf Hitlers.

Dass die Briten erwogen, einen Staatsstreich italienischer Militärs verdeckt zu unterstützen, belegen Papiere aus dem Planungsstab, die der Publizist Mario J. Cereghino im Archiv in London gefunden hat. Auf diese Weise, so die Planer, „könnte die PCI aus der Regierung entfernt werden". Der US-Geheimdienst hatte bereits im Vorjahr einen Putsch „für durchaus möglich" gehalten. Und der britische Militärattachée in Rom zählte im Frühjahr 1976 „den größten Teil" der Offiziere politisch zur Rechten oder extremen Rechten.

Die Nachteile eines Staatsstreichs sahen die Planer freilich auch. „Blutiger Widerstand" der Arbeiterbewegung, sogar ein Bürgerkrieg könne die Folge sein, „und davon würde der Westen sicherlich nicht profitieren". Auch wäre ein „autoritäres Regime der öffentlichen Meinung im Westen kaum besser zu vermitteln als eine Regierung mit PCI-Beteiligung". Ob damit alle Eventualplanungen beerdigt wurden, geht aus den Akten nicht hervor.

Die Deutschen jedenfalls – so viel ist gewiss – fürchteten britischen (und amerikanischen) Aktionismus. In einer vertraulichen Aufzeichnung aus dem Auswärtigen Amt für Genscher heißt es, man müsse mit den USA und Großbritannien sprechen. Nur so ließe sich verhindern, dass diese „unter dem psychologischen Schock" eines PCI-Wahlerfolgs „Schritte tun, die die Situation erschweren".

Zum Glück für Italien kam es anders. Bei den Wahlen im Juni 1976 gewann die DC überraschend mit 38,7 Prozent. Die PCI blieb mit 34,4 Prozent in der Opposition.

AXEL FROHN, KLAUS WIEGREFE

* Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Schmidt, Japans Premier Takeo Miki, Gerald Ford, James Callaghan, Kanadas Ministerpräsident Pierre Trudeau, Italiens Ministerpräsident Aldo Moro auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Puerto Rico.